

MCC-Pressemitteilung

Wie der Staat die finanziellen Hilfen für klimafreundliches Heizen verteilen sollte

Studie zeigt Kosten eines hypothetischen CO₂-Preispfads entsprechend der EU-Klimaziele. Im Schnitt 15 Prozent der Nettokaltmieten, enorme Spannweite je nach Gebäude.

08.04.2024 Berlin. Das gesetzlich fixierte Ziel von Klimaneutralität 2045 hat Folgen für das Heizen in Deutschland: Wir müssen alle weg von Öl und Gas, hin zu Wärmepumpe oder anderen fossilfreien Lösungen. Über Ge- und Verbote sowie CO₂-Bepreisung, also Verteuerung der fossilen Brennstoffe, setzt der Staat dafür Signale – und fährt zugleich die Förderung hoch. Wie sich finanzielle Hilfen für klimafreundliches Heizen mit Blick auf die Bedürftigen optimieren lassen, zeigt eine neue Studie. Sie wurde geleitet vom Berliner Klimaforschungsinstitut MCC (Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change) im Rahmen des von der Bundesregierung finanzierten Forschungsprojekts FEIRE – *Financing Ecological Investments in Real Estate*. Die Studie ist über die MCC-Website abrufbar.

Die bisher nationale CO₂-Bepreisung für den Wärmesektor (und den Verkehrssektor), aktuell 45 Euro je Tonne CO₂, geht 2027 in einen neuen, zweiten EU-Emissionshandel über – wie stark man den Preis dort steigen lassen will, ist noch politisch umstritten. Die neue Studie basiert nicht etwa auf einer Preisprognose, sondern auf einem hypothetischen Preispfad: bereits 2025, noch im nationalen System, 200 Euro je Tonne und dann ein Anstieg auf 275, 400 und 450 Euro in den Jahren 2030, 2040 und 2045.

„Bei diesem Preispfad würden die EU-Klimaziele erfüllt, ohne dass nennenswert auch andere Maßnahmen den CO₂-Ausstoß senken“, erläutert [Matthias Kalkuhl](#), Co-Leiter des MCC, Leiter der MCC-Arbeitsgruppe Wirtschaftswachstum und menschliche Entwicklung und Leitautor der Studie. „Zugleich wäre der Preispfad volkswirtschaftlich optimal: Er verteuert den Ausstoß einer Tonne CO₂ immer um genau so viel, wie das Vermeiden einer weiteren Tonne kostet. Durch diesen ökonomisch fundierten Ansatz verhindern wir, dass ineffizient niedrige Preise unsere Verteilungsanalyse verzerren – und liefern Orientierung für eine effiziente Steuerung von Förderprogrammen. Das Ergebnis macht ordnungspolitisch auch dann Sinn, wenn der Preis weniger steigt.“

Für dieses Szenario und gestützt auf empirische Daten zu den privaten Haushalten rechnet die Studie die Wärmewende bis zur Klimaneutralität 2045 durch. Im Schnitt summieren sich die CO₂-Preis-Kosten für das Heizen mit der alten Anlage („Kosten des Nicht-Sanierens“) im Zeitraum bis 2045 auf 148 Euro je Quadratmeter Wohnfläche. Verglichen mit dem Miet- oder Wohnwert der jeweiligen Einheit, also der im gleichen Zeitraum insgesamt anfallenden echten oder kalkulatorischen Netto-Kaltmiete, wird die Dimension noch deutlicher: Es sind im Schnitt 15 Prozent des so definierten Immobilienwerts. Die Analyse

MCC gemeinsam gegründet von:

fokussiert aber nicht dieses hohe Niveau, das ja den unterstellten steilen Preispfad widerspiegelt, sondern die enorme Spannweite. So liegen die relativen CO₂-Kosten zwischen 0 bis 30 Prozent des Immobilienwerts, statistische Ausreißer schon rausgerechnet. Ein einheitliches Klimageld für alle, das ergab schon eine [frühere MCC-Studie](#) von 2023, wäre als sozialer Ausgleich im Wärmesektor zu wenig zielgenau.

Um diese Kosten-Spannbreite in bislang nicht erreichter Schärfe auszuleuchten, erstellt das Forschungsteam mit Methoden des maschinellen Lernens „Regressionsbäume“: Die Gesamtheit der Haushalte wird in mehreren Schritten unterteilt – und zwar stets anhand desjenigen Merkmals, das zu Teilgruppen mit möglichst einheitlichen Werten führt. Dabei zeigt sich zum Beispiel: Pro Quadratmeter Wohnfläche besonders kostenintensiv sind mit Öl beheizte und vermietete Wohnungen. Und bei Gas-Heizungen in neueren, ab 2001 errichteten Gebäuden werden vermietete Wohneinheiten pro Quadratmeter um 55 Prozent stärker durch die CO₂-Bepreisung verteuert als von Eigentümern genutzte Immobilien.

Auch regional ist die Förderbedürftigkeit nicht einheitlich, wie die Studie feinkörnig auf Landkreis-Ebene ausweist. In der relativen Betrachtung, also CO₂-Kosten gemessen an den Mietwerten, sind Teile von Rheinland-Pfalz, Hessen, dem nördlichen Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen besonders gefordert. Weniger stark sind die finanziellen Folgen hingegen in Ostdeutschland mit seinen großen Fernwärmenetzen sowie in einigen Regionen in Nord- und Süddeutschland. „Die finanzielle Unterstützung regional zu differenzieren, wird politisch nicht einfach sein“, sagt MCC-Forscher Kalkuhl. „Aber es ist wichtig, die soziale Flankierung der Klimawende möglichst ökonomisch fundiert und kosteneffizient zu gestalten.“

Quellenhinweis zur zitierten Studie:

Kalkuhl, M., Stomper, A., Kögel, N., Gerstmeier, F., 2024, Höhe und Verteilung der gesellschaftlichen Kosten heizbedingter Emissionen, Projektbericht FEIRE – *Financing Ecological Investments in Real Estate*
www.mcc-berlin.net/Publications/2024_MCC_FEIRE_TechnicalReport_MCC_typology.pdf

Über das MCC

Das MCC erforscht und liefert lösungsorientierte Handlungsoptionen für Klimapolitik sowie generell für das Bewirtschaften der globalen Gemeinschaftsgüter – und damit für die Stärkung der vielfältigen Aspekte von menschlichem Wohlergehen. Unsere sechs Arbeitsgruppen forschen zu Themen wie Wirtschaftswachstum und -entwicklung, Ressourcen und internationaler Handel, Städte und Infrastrukturen, Governance sowie wissenschaftliche Politikberatung. Das MCC ist eine gemeinsame Gründung der Stiftung Mercator und des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung. | www.mcc-berlin.net | https://twitter.com/MCC_Berlin

Pressekontakt:

Ulrich von Lampe
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC)
Telefon: +49 (0) 30 338 5537 201 / Mobil: +49 (0) 171 1964 449
Email: lampe@mcc-berlin.net

MCC gemeinsam gegründet von: